

Eine Analyse der Zeitung "Bund" in Bern hat ergeben, dass die Berner Kantonspolizei viel häufiger über Verkehrsunfälle als über häusliche Gewalt informiert. Das verzerrt die öffentliche Wahrnehmung.

Im Kanton Bern gab es laut Kriminalstatistik in den Jahren 2013 und 2014 zusammen über 2600 Einsätze wegen häuslicher Gewalt. Eine Medienmitteilung verfasste die Polizei nur über 3 Fälle (0,1 Prozent). Im gleichen Zeitraum gab es 11'700 Verkehrsunfälle und -delikte. Darüber informierte die Polizei in über 700 Mitteilungen (6 Prozent). Danach hätte die Polizei jeden fünften Tag eine Meldung zu häuslicher Gewalt veröffentlichen müssen, wenn sie so häufig wie über Verkehrsunfälle informiert hätte.

Die Polizei begründet die zurückhaltende Information in Fällen häuslicher Gewalt mit dem Opferschutz. Auch eine Meldung ohne genaue Details ermögliche es, Personen zu identifizieren. Das könne Opfer und Dritte abschrecken, die Behörden einzuschalten. Es werde aber eine jährliche Kriminalstatistik publiziert, die über die Fälle häuslicher Gewalt informiere. Bei Verkehrsunfällen gäbe es laut Mediensprecherin ein "Interesse der Öffentlichkeit". Sie seien gut sichtbar und oft mit Verkehrsbehinderungen verbunden. Es gebe zudem oft Anfragen von Medien, die Meldungen über Unfälle aus der Bevölkerung erhalten haben. Eine Information der Polizei könne auch der Prävention dienen, wenn zum Beispiel die Strassenverhältnisse gefährlich seien.

Expert/innen wie die Professorin für Strafrecht und Kriminologie der Uni Bern, Nadja Capus, kritisieren jedoch, dass häusliche Gewalt in der Berichterstattung der Polizei fast nicht vorkommt. Mit ihrer Kommunikation präge die Polizei Normvorstellungen, was als kriminell gelte und was nicht: "Im Extremfall kann häusliche Gewalt in der öffentlichen Wahrnehmung unter den Tisch fallen." Das könne dazu führen, dass Opfer sich nicht als Opfer wahrnehmen und Dritte es unterlassen, die Polizei zu rufen. Dabei sei die Polizei gerade bei Delikten in der Privatsphäre auf solche Meldungen angewiesen. Die Polizei dürfe sich nicht von der Politik oder den Medien instrumentalisieren lassen und müsse auch über "unpopuläre" Delikte angemessen informieren.

Die Zeitung der "Bund" hingegen kritisiert, dass die Polizei mit ihrer Medienarbeit die Realität verzerrt darstelle. Das habe negative Auswirkungen auf den Schutz der Bevölkerung. Über Einbrüche informiere die Berner Kantonspolizei jeden Monat zusammenfassend, wie viele Fälle es gegeben habe. Das könnte sie auch in Fällen häuslicher Gewalt tun, ohne damit die Opfer zu gefährden. "Nachbarn könnten eher aufmerksam werden, und potenzielle Belästiger fühlten sich stärker beobachtet, wenn ihnen bewusst wäre, dass die Polizei täglich wegen solcher Delikte ausrückt." aus: FS/7.1.2016

In diesem Zusammenhang bittet auch die Unterzeichnende den Basler Regierungsrat zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Um einen Vergleich zu Bern zu haben - wie und wie viele Male informiert die Basler Polizei zu den Delikten "Verkehrsunfällen", "Einbrüchen" und "häuslicher Gewalt"? Bei jedem einzelnen Fall? Zusammengezogen, wöchentliche oder monatliche Berichterstattung oder sind die Delikte allein jährlich in der Kriminalstatistik ausgewiesen? Wie viele Fälle der drei Kategorien werden prozentual mit einer Medieninformation kommuniziert?
2. Falls in den drei Kategorien wie in Bern unterschiedliche Standards bestehen, welche Begründungen hat die Basler Polizei/ evt. Staatsanwaltschaft, die Deliktategorien unterschiedlich zu behandeln? Ich nehme an, es gibt allgemein eine Priorisierung? Wenn ja, welche? Wie sieht diese genau aus?
3. Könnte sich die Basler Polizei vorstellen, wie dies beispielsweise Medien wie der Berner "Bund" fordert oder Wissenschaftler/innen raten, monatlich einen Zusammenschluss aller Übergriffe im Bereich häusliche Gewalt zu veröffentlichen? Wenn nein, was steht dem im Wege?

Brigitta Gerber